

Leitfäden über Kommunistische Grundsätze und Taktik.

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrückung durch Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe:

Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletariats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariatsmassen um die politische Macht.

Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die K. P. D. ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstration, Aufstand), zum siegreichen Ende gebracht werden kann.

Dabei aber kann die K. P. D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw. Über die Teilnahme an den Wahlen zu Parlamenten entscheidet die Reichskonferenz.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die K. P. D. lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, andererseits die Auffassung der U. S. P. ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden könnten.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu behalten, daß Räte und Räteorganisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

Die verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat gerade so, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der K. P. D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und der Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage, sie greift den Kapitalismus bald von der politischen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die K. P. D. bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnet. Der Wert dieser Kampfmittel steigt um so mehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgaben der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Teil der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der K. P. D. sammeln sich die vorgeschrittensten und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Abereinstimmung dieser Führerschaft müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß die Vereinigung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe, oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Ak-

tionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus ist in solchen Zeiten nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische, ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffste Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die K. P. D. verwirft jeden Föderalismus.

7. Mitglieder der K. P. D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift oder Aktion entgegenhandeln, haben aus der Partei auszuscheiden.

Leitfäden über den Parlamentarismus.

1. Das Parlament ist neben anderem ein Mittel der herrschenden Klassen zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht. Wie gegen die politische Macht der Bourgeoisie überhaupt, führt das Proletariat auch gegen dieses politische Mittel der Bourgeoisie einen Kampf, der bis zur Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie und bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat dauert.

2. Wie alle anderen Mittel der Bourgeoisie zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht mit der Eroberung der politischen Macht zerstört werden müssen — Bürokratie, Gerichtsorganisation, weiße Garde usw. — so wird auch das Parlament mit diesem Zeitpunkt zerstört werden. Während andere Organisationen nach Eingreifung der Macht durch das Proletariat in neuer Form und neuem Geist werden aufgebaut werden müssen — so Gerichtsorganisationen, militärische Macht usw. — wird das Parlament dauernd zerstört bleiben. Seine Funktionen im Stadium nach der Eroberung der politischen Macht werden durch die Arbeiterräte völlig ersetzt. Denn in der ersten Epoche nach der Machtergreifung, der Epoche der proletarischen Diktatur, bedarf das Proletariat der schärfsten und konzentriertesten Willensanstrengung zur Aufrechterhaltung seiner Macht. — Die Räteorganisation ist dann der klarste Ausdruck des Willens des Proletariats zur Macht, wie die Macht selbst. Ein Parlament, das lediglich ein Mittel einer herrschenden Minderheit ist, einer beherrschten Mehrheit die Demokratie vorzuspiegeln, ist in dieser Epoche, in der die herrschende Mehrheit, das Proletariat, der beherrschenden Minderheit von Kapitalisten, Spekulanten und Gegenrevolutionären gegenüber steht, nicht mehr vonnöten.

In der zweiten Epoche aber, der klassenlosen Gesellschaft, ist das Parlament, ein Mittel der Klassenherrschaft, völlig undenkbar.

Die K. P. D. steht also dem Parlamentarismus als einem Mittel zur Ausübung einer Klassenherrschaft grundsätzlich ablehnend gegenüber.

3. Im gegenwärtigen Zeitpunkt handelt es sich für das Proletariat nicht darum, wie es seine politische Macht ausübe, sondern darum, wie es zur politischen Macht gelange. Den Kampf um diese politische Macht führt das Proletariat mit allen ihm gegebenen politischen und wirtschaftlichen Mitteln. Die Tatsache, daß eine Epoche größerer und größter Kämpfe — Massendemonstrationen, Massenstreike, offener Aufstand — gekommen ist, zwingt das Proletariat noch nicht auf kleinere Mittel, zu denen auch die Ausnutzung der Parlamente gehört, dauernd zu verzichten. Sind solche großen Kämpfe entbrannt, so treten solche kleineren Mittel von selbst in den Hintergrund.

Sind die großen Kämpfe ohne entscheidenden Sieg abgeflaut, oder sind sie in Vorbereitung, so treten naturgemäß die kleineren Mittel in den Vordergrund. Lediglich diese Erwägung ist für die Stellung der K. P. D. zur Frage der Teilnahme an Wahlen und parlamentarischen Aktionen entscheidend. Die Frage ist eine rein taktische.

4. In keinem Falle kann durch das Parlament und durch die parlamentarische Aktion, durch parlamentarische Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse die politische Macht errungen werden. Wie die Bourgeoisie im Falle ungünstiger parlamentarischer Beschlüsse zu anderen Mitteln greifen würde, um die politische Macht sich zu erhalten, so muß auch das Proletariat sich gewärtig sein, daß es andere Mittel ergreifen muß, um sich die politische Gewalt zu holen. Nur die große Aktion der Massen — Demonstrationen, Massenstreik, Aufstand — bringen die Entscheidung. Die Teilnahme an parlamentarischer Wahl und Tätigkeit dient allein dem Ziel, jene Aktionen agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten.

5. Damit ist auch der ganze Unterschied der Stellung der K. P. D. und der U. S. P. in der Frage der Parlamente gekennzeichnet. Die Teilnahme der U. S. P. zielt auf Errungenschaften und Erfolge innerhalb des Parlaments, der K. P. D. sind die „positiven“ Erfolge nebensächlich, ihr Ziel liegt außerhalb des Parlaments. Die U. S. P. verspricht sich von den Beschlüssen des Parlaments einiges oder alles. (Verankerung der Verfassung.) Die K. P. D. verspricht sich von den Beschlüssen nichts. Die U. S. P. sieht in den parlamentarischen Aktionen den Ersatz für revolutionäre Kämpfe, die K. P. D. in ihnen ein Mittel ihrer Herbeiführung. Die U. S. P. bedient sich des Parlaments zur Einwirkung auf die herrschenden Klassen, die K. P. D. zur Einwirkung auf die Massen.

6. In Anwendung dieser Grundsätze wird die K. P. D. über Beteiligung an Wahlen Beschluß fassen, sobald an sie die Notwendigkeit herantritt.

Parlamentarische Vertreter, die in ihrer Tätigkeit diesen Grundsätzen zuwiderhandeln, sind von ihren Organisationen abzurufen.

Die Mitglieder haben ihren Austritt zu einem revolutionären Akt zu machen und ihre Tätigkeit schon heute darauf einzustellen.

7. Nicht nur die Tätigkeit innerhalb der Parlamente, sondern nach Lage der Verhältnisse auch das Ausschneiden aus den Parlamenten können revolutionierender Wirkung auf das Proletariat und ein revolutionärer Akt sein. Die Kommunisten in den Parlamenten haben dementsprechend bei eintretenden politischen Konflikten entweder auszuschneiden oder ihren Ausschluß aus den Parlamenten durch die Bourgeoisie herbeizuführen. Dieses Ausschneiden soll in den Augen der gesamten Arbeiterschaft als revolutionäre Aktion erfasst werden und zur Auslösung von revolutionären Massenaktionen führen. Ihre Tätigkeit ist auf die Herbeiführung solcher Konflikte einzurichten.

Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage.

1. Hatte schon vor dem Kriege das Anwachsen und die Konzentration der Kapitalien, deren Zusammenfassung und einheitliche Leitung in Trusts, Syndikate und Arbeitgeberverbände die gewerkschaftliche Politik der kleinen Reformen, der Lohnverbesserungen und Tarifverträge vor eine Mauer gestellt, so ist mit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und mit dem Beginn des offenen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit diese Politik völlig aussichtslos geworden.

Die Zerrüttung, in die die Wirtschaft durch den Krieg geraten ist, die unerträgliche Schuldenlast gegen In- und Ausland, die Entwertung der Mark und damit die Unmöglichkeit, fehlende Rohstoffe in rationeller Weise zu beschaffen, die Unmöglichkeit, gegenüber den Verpflichtungen an das Ausland das Inland mit genügend heimischen Rohstoffen zu versehen, die Unmöglichkeit, aus dem In- oder Ausland genügend Nahrungsmittel zu beschaffen, die Unmöglichkeit, der dauernden Entwertung der Zahlungsmittel, dem damit verbundenen Sinken des Reallohnes, der damit verbundenen Notwendigkeit, die Lohnsätze wieder zu erhöhen, neue Banknoten zu drucken und damit neue Entwertung der Mark herbeizuführen: das alles zwingt einerseits die Bourgeoisie, die Ausbeutung der Proletarier bis zur äußersten Grenze zu treiben und gestaltet andererseits die ökonomische Lage der Bourgeoisie so, daß jeder Versuch, diese äußerste Ausbeutung zu verhindern, das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem zum Einsturz zu bringen droht. Jeder Versuch der Besserung der wirtschaftlichen Lage des Reallohnes, sei es Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, geht dem Kapitalismus ans Leben.

Ja noch mehr. Um seiner Weiterexistenz willen ist der Kapitalismus gezwungen, die Lage des Proletariats noch zu verschlechtern, die Ausbeutung noch über die derzeitigen Grenzen hinauszutreiben. Schon die Abwehr solcher Maßnahmen, wie Herabsetzung der Stundenlöhne, Heraufsetzung der Arbeitszeit, Wiedereinführung der Akkordarbeit usw. sind für den Kapitalismus tödlich. Er muß, wenn er leben will, schärfer ausbeuten als bisher.

2. In klarer Erkenntnis dieser Tatsachen hat die Bourgeoisie es längst aufgegeben, von „rein wirtschaftlichen“ Kämpfen zu reden und die Staatsgewalt als quasi neutral beiseite zu lassen. Bisher nur geheim und unterdrückt, heute direkt und offen sind die politischen Gewalten in den Dienst der ökonomischen Ausbeutung gestellt. Kosakgarden, die die Ausständigen mit Maschinengewehren in die Fabriken treiben, staatlich organisierte Streikbrechergarden, die in bestreikten Betrieben Dienste tun, Belagerungszustand, Kriegsgerichte, Preßverbote usw. sind das Zeugnis dafür.

3. Nicht nur deswegen, weil jeder wirtschaftliche Kampf heute von der Bourgeoisie mit politischen Mitteln, steigend bis zur Massenerschließung geführt wird, sondern aus denselben objektiven Gründen wie die Bourgeoisie, erkennt auch das Proletariat, daß heute jeder wirtschaftliche Kampf nicht nur ein politischer ist, sondern ein revolutionärer, weil er, mag er wollen oder nicht, das kapitalistische Gebäude zu sprengen droht. Die von den deutschen Gewerkschaften bisher verfolgte Politik der rein wirtschaftlichen Kämpfe, der politischen Neutralität und der „Ablehnung“ des politischen Massenstreiks ist durch die Tatsachen überholt.

4. Aus dieser Einheit von wirtschaftlichen und politischen Kampf -- beides nur Erscheinungsformen eines und desselben revolutionären Kampfes -- folgt keineswegs die Notwendigkeit einer Einheit von politischer und gewerkschaftlicher Organisation.

Die politische Organisation der K. P. D. hat zur Aufgabe die Sammlung der vorgeschrittensten Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Programms der K. P. D.

Die wirtschaftliche Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung des gesamten Proletariats, das Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist.

Grundlage der politischen Organisation ist der gemeinschaftliche Wille zur Erreichung eines künftigen politischen Zustandes.

Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation ist die Tatsache eines bestehenden wirtschaftlichen Zustandes.

Aufgabe der politischen Organisation ist die Führung im politischen Kampfe. Diese Aufgabe kann von einer Minderheit gelöst werden.

Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation ist die Durchführung des Kampfes selbst; diese Aufgabe kann nur von geschlossenen proletarischen Massen gelöst werden.

Der wirtschaftlichen Organisation fallen im Stadium des Aufbaues besonders schwierige Aufgaben zu; die politische Partei kann aus sich diese Aufgaben nicht lösen.

5. Aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit ergibt sich auch das Verhalten gegenüber den Gewerkschaften.

Die politische Partei der K. P. D. konnte sich dadurch bilden, da sich jene vorgeschrittensten Elemente von der S. P. D. bzw. U. S. P. loslösten und die eigene Partei bildeten; die Aufgabe der Führung entstehender Aktionen war ihr trotzdem und eben deswegen möglich.

Die Herausnahme der vorgeschrittensten Elemente aus dem gewerkschaftlichen Heerhaufen des Proletariats lähmt und unterbindet die Schlagkraft der Massen, nimmt aus ihnen den Gärstoff und hemmt so den Ausbruch und die Durchführung revolutionärer Massenaktionen überhaupt.

6. Die wirtschaftliche Massenaktion allein kann nicht das Werk der Revolution vollenden. Sie kann nicht zum unmittelbaren Siege des Proletariats führen, kann vielmehr nur dadurch, daß sie die Massen zusammenfaßt und in Bewegung bringt, die revolutionäre Aktion zu höheren Formen, d. h. zum Generaauftand, zum Aufstand des gesamten werktätigen Volkes hinaufführen.

Von dieser Auffassung ausgehend, daß die wirtschaftliche Aktion nur ein Glied in der Gesamtaktion der Massen ist, verwirft die K. P. D. jene Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die nicht Massenaktion, sondern Individualakt sind. Die verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel, das durch individuellen Akt die Aktion der Massen zu ersetzen sucht, in Wirklichkeit aber durch Akte individuellen Terrors die Aktion der Massen lähmt.

Von diesem Gesichtspunkt aus bedarf auch das Mittel der passiven Resistenz einer besonderen Würdigung. Die passive Resistenz im gegenwärtigen Augenblick, als Ausdruck der herabgesetzten Ernährung und durch den Krieg und Hungersnot hervorgerufenen physischen und physischen Erschöpfung ist eine natürliche gesellschaftliche Erscheinung und ein Akt berechtigter Notwehr des Proletariats.

Ein Mittel jedoch, durch dessen Ausübung das Proletariat die Macht erobern könnte, ist sie nicht. Im Gegensatz zum Streik, der eine Steigerung zur Demonstration, zum Massenaufstand, zum Generalaufstand und damit zum endgültigen Siege fähig ist, ist die passive Resistenz einer solchen Steigerung nicht fähig und sie führt daher ganz von selbst zu einer Verflachung der wirtschaftlichen Kämpfe.

7. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute zu einem Werkzeug der Bourgeoisie und der Gegenrevolution geworden sind, ist keine Organisationsfrage. Sie ist lediglich das Widerspiel der Tatsache, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum über Wesen und Ziel der Revolution noch nicht im klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletarier aus der einen Organisation herausnimmt und sie einer anderen zuführt.

Dieser Umwandlungsprozeß kann vielmehr nur durchgeführt werden einerseits durch unermüdete Agitation und Aufklärung in diesen Massen und innerhalb ihrer Organisation, andererseits aber -- und im wesentlichsten durch die praktische Schule des Kampfes; des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum -- in dem die Gewerkschaftsbureaufkratie immer ausgesprochen auf der Seite des Kapitals stehen wird -- als auch des organisatorischen Kampfes gegen die Gewerkschaftsbureaufkratie selbst.

Diese Aufgabe und dieser Kampf können nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Mitglieder der K. P. D. in engster Fühlung mit diesen Massen bleiben. Die K. P. D. sieht im Einzelaustritt einen individuellen Akt, der mit Rücksicht auf die verbleibenden Massen sehr schädlich wirken kann.

8. Die konterrevolutionäre Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Gewerkschaftsbureaufkratie hat einen Grad von Gefährlichkeit erreicht, daß unmittelbare Maßnahmen dagegen notwendig sind.

Die K. P. D. empfiehlt daher, den Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaufkratie aufzunehmen mit dem Ziel, die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaufkratie von den Massen zu isolieren. Zu diesem Zweck schließen sich die Kommunisten innerhalb der Ortszahlstellen fraktionsmäßig zusammen und führen den Kampf gegen die Bureaufkratievertreter innerhalb, und wenn es sein muß, auch außerhalb der Gewerkschaften.

9. Wo es sich um einheitliche geschlossene Wirtschaftskörper handelt, wie im Bergarbeiterrevier von Rheinland-Westfalen, oder wie bei den Eisenbahnern, wo also zwischen Wirtschaftskörper und Berufszweig ganz oder nahezu Identität herrscht, kann mit diesem Kampf der Kampf um die neue Organisationsform der Betriebsorganisation verbunden werden. In diesen ihrer Natur nach in Riesenbetrieben vereinigten Gewerkschaften bedeutet die Betriebsorganisation nicht nur eine neue Organisationsform, sondern hier ist auch diese Betriebsorganisation ohne weiteres möglich.

In allen anderen Fällen aber, namentlich da, wo die Gewerkschaften ihrer Natur nach in vielen Betrieben verstreut sind, so etwa Transportarbeiter, Holzarbeiter, teilweise Metallarbeiter usw., kann diese neue Organisationsform nicht die Plattform für den Kampf abgeben, weil deren Durchführbarkeit je nach örtlichen und beruflichen Verhältnissen sich richtet.

10. In einem wie im andern Falle darf der Kampf niemals ein rein organisatorischer werden. Auch dieser gewerkschaftliche Kampf in dem höheren Ziel unterzuordnen, die Masse als solche durch diesen Kampf auf eine höhere Stufe politischer und ökonomischer Erkenntnis ihrer Lage zu erheben. In diesem Zusammenhang ist es besonders erforderlich, die gewerkschaftliche Theorie und Praxis der „rein wirtschaftlichen“ Kämpfe, der Verwerfung der politischen Massenaktion (Kölner Kongreß usw.) grundsätzlich zu bekämpfen.

Der Zweck dieser Kämpfe ist also ein zweifacher: direkt: die Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Bureaufkratie zu brechen;

indirekt: die Masse des Proletariats über seine jetzige Indolenz und Schwäche hinwegzuführen.

11. Hiernach sich loslösende Gewerkschaftsteile sind innerhalb der Wirtschaftsgebiete zu Arbeiterunions zusammenzufassen. Solche Arbeiterunions können daher vorläufig aus Gruppen bestehen, die entweder beruflich oder betriebsmäßig organisiert sind. Es richtet sich nach der Art der Industrie, ob außer der obengenannten auch andere Arbeitergruppen betriebsmäßig organisiert werden können.

Ziel der ganzen Organisation ist eine Reichsarbeiterorganisation. Innerhalb dieser gruppieren sich die betriebsmäßig organisierten Arbeiter nach Industrien, die anderen nach Fächern.